

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXV/52

Bonn, den 18. März 1970

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
- 1a	<u>Deutsche Entwicklungshilfe 1969</u> Beachtliche Zahlen, aber kein Grund zum Triumph Von Dr. Erhard Eppler, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	56
3	<u>Non-Profit-Universitäten als Teil der Hochschulreform</u> Von Professor Dr. Ulrich Lohmar, MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft	48
4	<u>NS-Filme für politische Bildungsarbeit?</u> Ein Seminar in Oberhausen Von Gerhard Schoenberger	77
5	<u>Es geschah in New York...</u> Wenn Totengräber streiken Von Paul Neumüller, New York	33

AN H A N G

	<u>Bauern mögen Ertl</u> Ansehen durch Fachkenntnisse, Energie und Zielstrebigkeit	25
--	---	----

Deutsche Entwicklungshilfe 1969

Beachtliche Zahlen, aber kein Grund zum Triumph

Von Dr. Erhard Eppler,
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die vorläufigen Zahlen für 1969, in denen sich die Leistungen der Bundesrepublik für Entwicklungsländer widerspiegeln, werden noch manche Diskussion auslösen.

Einmal wegen ihrer Höhe: Insgesamt wurden 1969 nahezu 8,9 Milliarden DM in Entwicklungsländer transferiert. Das sind etwa 150 DM pro Kopf der Bevölkerung oder 1,48 Prozent des Brutto-sozialprodukts.

Wer daraus schließen wollte, diese Summe hätte der deutsche Steuerzahler aufbringen müssen, ginge fehl.

Erstmals hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Leistungen statistisch klar in zwei Gruppen gegliedert:

- 1. Hilfe an Entwicklungsländer.
- 2. Weiterer Kapitaltransfer.

Zur ersten Gruppe (2,422 Milliarden DM) zählen die staatlichen Leistungen, von denen 1969 mehr als die Hälfte (55 Prozent) in Form von Zuwendungen gegeben wurden, der Rest überwiegend als Kredite zu 2,5 Prozent Zins für 30 Jahre. Zur ersten Gruppe gehört aber auch die Leistung nichtstaatlicher Hilfsorganisationen (z.B. der Kirchen) von ca. 200 Millionen DM.

Verglichen mit den staatlichen Leistungen kann sich die private Initiative sehr wohl sehen lassen, beträgt sie doch nahezu 10 Prozent. Umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung sieht es anders aus: jeder Bundesdeutsche hat pro Tag einen Pfennig für Entwicklungshilfe gespendet, etwa 10 Pfennig pro Kopf und Tag leistete der Steuerzahler. Somit liegt die Hilfe im engeren Sinne

ohne die privaten Spenden bei 0,39 Prozent, die Spenden eingeschlossen bei 0,42 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Zur zweiten Gruppe zählt der Kapitaltransfer, der fast ausschließlich von der privaten Wirtschaft geleistet wurde.

Zum erstenmal übersteigen allein die privaten Übertragungen jenes Ziel von 1 Prozent des Bruttosozialprodukts, das die Welt-handelskonferenz in New Delhi für öffentliche und private Leistungen zusammen gefordert hat. Das ist imponierend, aber es muß keineswegs so bleiben. 1969 hat die Weltbank auf unserem Kapitalmarkt Anleihen im Wert von 1,154 Milliarden DM aufgenommen. Es ist kaum anzunehmen, daß bei den gegenwärtigen Zinssätzen für das Jahr 1970 eine ähnliche Zahl erreicht wird.

Auch die Direktinvestitionen (inclusive Re-Investitionen) haben einen Rekord von 920 Millionen erreicht. Dabei bewegen sich die privaten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern immer noch unter 30 Prozent aller unserer Auslandsinvestitionen. Von diesen knapp 30 Prozent wiederum gingen nahezu drei Viertel in lateinamerikanische oder südeuropäische Entwicklungsländer. Die Privatinvestitionen der Bundesrepublik Deutschland in Asien und Afrika betragen seit Kriegsende im Schnitt etwa eine Mark pro Einwohner. Das ist sicherlich kein Zeichen eines - wie im Osten häufig behauptet wird - "zielbewußten Wirtschaftsimperialisismus".

Auch bei den Portfolio-Investitionen und Finanzkrediten, die den Löwenanteil des privaten Kapitaltransfers ausmachen, ist keineswegs sicher, daß sie sich weiter nach oben bewegen; die Konjunkturlage spricht eher dagegen.

So können die Zahlen des Jahres 1969 nicht die Feststellung des Pearson-Berichts entkräften, daß kein privater Kapitaltransfer in der Lage sein wird, staatliche Hilfe zu ersetzen. Daher wird die Bundesrepublik im Jahre 1970 um 11 Prozent mehr Verpflichtungen für öffentliche Hilfe eingehen als 1969. Bis sie allerdings das angepeilte Ziel von 0,70 Prozent des Bruttosozialprodukts an öffentlicher Hilfe erreicht hat, dürfte die zweite Entwicklungsdekade sich ihrem Ende zu neigen, es sei denn, wir fänden neue Formen der Finanzierung, die möglicherweise private Hilfsbereitschaft und staatliche Anreize koppelt.

Non-Profit-Universitäten als Teil der Hochschulreform

Von Professor Dr. Ulrich Lohmar, MdB,
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Die Diskussion um die Hochschulreform hat sich in den letzten Monaten mehr und mehr nach Bonn verlagert. Zwar erwarten viele von den Möglichkeiten eines Bundesrahmengesetzes für die Hochschulen zu viel, denn die rechtlichen Grenzen für dieses Unternehmen werden nicht allzuweit gesteckt werden können. Doch ändert das nichts daran, daß Bundestag und Bundesregierung rechtlich, politisch und finanziell in der Lage sind, wichtige Weichenstellungen vorzunehmen.

Vor allem Assistenten und Studenten vermissen in den bisherigen Vorschlägen zur Reform des Hochschulwesens progressive und klare gesellschaftspolitische Perspektiven. Sie fordern eine wirksame Demokratisierung und wenden sich zugleich gegen die Verschränkung von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftlichen Interessen.

Nun wird man über den Begriff der Demokratisierung eher eine Verständigung erzielen können, wenn man davon absieht, Demokratie entweder als einen festgefügtten Zustand zu sehen, oder aber sie als einen Ausbruch in Utopien mißzuverstehen. Eine sich demokratisierende Gesellschaft muß orientiert sein an der gleichen Chance, der Transparenz, der Kontrolle, der Auswechselbarkeit der Inhaber von Führungspositionen, der Mobilität und der Achtung von Minderheiten. Diese Maßstäbe gelten auch für die Hochschulen, wenn deren Demokratisierung sich nicht in der Einführung neuer Paritätsverhältnisse und damit in einem akademischen Formalismus erschöpfen soll.

Schwieriger ist es, das Problem der Verschränkung unternehmerischer Interessen und wissenschaftlicher Forschung zu lösen. Keine politische Führung in einer Industriegesellschaft wird es sich gestatten können, die vielfältigen Verbindungen zwischen Industrie

und Wissenschaft einfach zu kappen. So wie die Dinge heute sind, besteht jedoch die Gefahr, daß mehr und mehr vor allem junge Wissenschaftler sich weigern, mit der Industrie in Forschung und Entwicklung zusammenzuarbeiten. Will man die Meinungsbildung an den Universitäten aber kooperativ gestalten, dann würde der Streit zwischen denen, die mit der Industrie kooperieren wollen, und den anderen, die eben dies aus gesellschaftspolitischer Überzeugung ablehnen, zu einer Lähmung der Forschung an den Universitäten führen. Die Industrie ihrerseits würde sich in einer solchen Lage mit Sicherheit dadurch zu helfen versuchen, daß sie eigene oder ihr nahestehende Forschungsinstitutionen, vielleicht sogar Universitäten gründet. Beide Entwicklungen würden mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringen.

Wir halten es deshalb für erwägenswert, bei der Planung neuer Hochschulen einige Non-Profit-Universitäten vorzusehen, an denen solche Wissenschaftler wirken könnten und an denen solche Studenten studieren würden, die sich mit der kapitalistischen Wirtschaft nicht einlassen möchten. Die Studenten, Assistenten und Hochschullehrer, die so denken, können ihrerseits nicht erwarten, daß sich das gesamte Wirtschafts- und Wissenschaftssystem nach ihnen richtet. Aber es gibt gute Gründe dafür, hier organisatorisch, rechtlich und finanziell eine zweigleisige Motivation für wissenschaftliche Arbeit möglich zu machen. Wir haben ja auch in der Wirtschaft neben profitorientierten Unternehmen einen gemeinwirtschaftlichen Sektor. Und die Konkurrenz zweier Motivationen könnte in der Wissenschaft genauso belebend sein wie in der Wirtschaft.

Die Bundesregierung sollte diesen Vorschlag prüfen und auch Non-Profit-Universitäten durch das Bundesrahmengesetz oder durch ein Forschungsförderungsgesetz eine Chance geben. Eine für Reformen offene Demokratie muß fähig sein, inhaltlich neue Arbeitsformen zu ermöglichen. Hier ist eine gute und politisch wichtige Gelegenheit dazu.

+ + +

NS-Filme für politische Bildungsarbeit?

Ein Seminar in Oberhausen

Von Gerhard Schoenberner

Mitte Dezember 1969 veranstalteten die rührigen Organisatoren der Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen ihr zweites Arbeitsseminar über den NS-Film. Hatte das erste Seminar vor mehr als vier Jahren den Spielfilm der Hitlerjahre zum Thema, so stand diesmal der Dokumentarfilm auf dem Programm.

Diese Fortsetzung war logisch und nur zu berechtigt. Tatsächlich bietet der Dokumentarfilm der Propaganda nicht weniger grosse Möglichkeiten als der Spielfilm. Kann dort das ideologisch erwünschte Leitbild von der Fabelführung bis zur Rollenbesetzung in völlig freier Erfindung hergestellt werden, so besteht die Wirksamkeit der Dokumentarfilme gerade darin, dass sie als Dokument der Wirklichkeit ausgegeben und vom Publikum auch so verstanden werden, obwohl hier Realitätspartikel nach einem feststehenden Konzept willkürlich angeordnet und manipuliert sind.

Vier Tage sah man, nur unterbrochen durch Referate und Diskussionen, von morgens bis weit nach Mitternacht, alte Wochenschauen, Kultur- und Propagandafilme. Dabei reichte die Skala vom bombastischen Parteitagofilm "Triumph des Willens" der Leni Riefenstahl, der zum ersten Male wieder gezeigt wurde, über unfreiwillige Grotesken wie "Kriegskamerad Pferd" und "Ewiger Wald", die heute nur komisch wirken, bis zu dem wohl schlimmsten, wahrhaft mörderischen Hetzfilm der Hitlerjahre "Der ewige Jude", der Juden mit Ratten vergleicht und so absichtsvoll den Gedanken an Ungeziefervernichtung nahelegt.

Es gehört zu dem grossen Komplex der sogenannten unbewältigten Vergangenheit, dass die beiden für diesen Film Verantwortlichen nach dem Krieg nicht etwa wegen Anstiftung zum Mord vor Gericht gestellt wurden, sondern ihre Karriere ungehindert fortsetzen konnten: der Regisseur, "Reichsfilmintendant" Fritz Hippler, als Arrangeur von Dokumentarfilmen, die dem deutschen Volk das Dritte Reich erklärten, Dr. Eberhard Taubert, der Autor, als Spezialist für antikommunistische Propaganda der früheren Bonner Regierungen.

Das mit Umsicht, grosser Sachkenntnis und Sorgfalt zusammengestellte Programm vermittelte eine ausgezeichnete Übersicht. Es war eine höchst instruktive und nützliche Informationsschau, wenn auch kein Seminar im strengen Sinne des Wortes, denn die kritische Analyse, sei es des Gesamtkomplexes, sei es einzelner Filme, wurde nicht geleistet. Das lag an der grossen Fülle des angebotenen Materials. Es lag aber sicher auch daran, dass die Diskussionen sich zum Teil in einem Grundsatzstreit zwischen Politologen und Cineasten aufsplitterten, während es gerade darauf angekommen wäre, beide

Aspekte zu vereinen: Die zeitgeschichtliche Situation zu beleuchten, aus der heraus diese Filme entstanden und in die hinein sie als operative Instrumente der Propaganda wirken sollten, und die handwerklich-filmischen Mittel zu beschreiben, die dabei angewandt wurden.

Das eine ist so wichtig wie das andere, denn die grosse Gefahr dieser Filme besteht darin, dass sie unkontrollierte Wirkungen hervorrufen. In einigen Fällen bewirkt das veraltete ästhetische Instrumentarium und die antiquierte Gefühls- und Gedankenwelt einen komischen Verfremdungseffekt, der es dem heutigen Betrachter schwer macht, die historische Wirkung dieser Filme auch nur intellektuell nachzuvollziehen und retrospektiv richtig einzuschätzen. Andere Filme wieder, die eine noch immer aktuelle Themenstellung haben, an die man sich wie vor virulente Vorurteile anknüpfen und ihre Propaganda geschickter vortragen, wirken unter Umständen tiefenpsychologisch nachhaltiger und programmieren so das politische Bewusstsein wirksamer, als die betroffenen Zuschauer, die sich selbst Unbefangenheit bestätigen, einzugestehen bereit sind.

Damit ist schon die auch in Oberhausen diskutierte Frage beantwortet, ob und wie man NS-Filme heute zeigen könne und solle. Eine unkommentierte Vorführung in der Öffentlichkeit ist nach wie vor mit Nachdruck abzulehnen. Andererseits ist es nur logisch, wenn man in eine kritische Darstellung des Dritten Reiches anhand seiner Dokumente, wie sie in den letzten Jahren begonnen wurde, auch den Film einbezieht.

Die Teilnehmer des Seminars von Oberhausen richteten deshalb an die neue Bundesregierung die Bitte, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die noch vorhandenen Archivbestände an NS-Filmen für die politische Bildungsarbeit der Jugend- und Erwachsenenverbände zur Verfügung gestellt werden. Um jeden Missbrauch zu vermeiden, wurde vorgeschlagen, die Ausleihe über die Landeszentralen für politische Bildung laufen zu lassen.

Voraussetzung für dieses Programm wäre allerdings die Bereitstellung der nötigen Haushaltsmittel, um nicht nur die erforderliche Anzahl von Verleihkopien herzustellen, sondern auch das unbedingt notwendige Informationsmaterial für eine seminaristische Auswertung vorbereiten zu lassen.

+ + +

Es geschah in New York...

Wenn Totengräber streiken

Von Paul Neumüller, New York

In New York, der größten Stadt der USA, in der täglich 500 Menschen sterben, legten Mitte Januar 1970 die Totengräber die Arbeit nieder und befinden sich seit dieser Zeit im Streik.

Abgesehen davon, daß der Streik einer solchen Berufsgruppe mit amtlicher Unterstützung hätte verhindert werden können, verbieten auch ethische, religiöse und hygienische Gründe, daß Tausende von Toten in Gefrierhallen und in Friedhofsnähe, teilweise unter freiem Himmel, "gelagert" werden. Aber solange New York unter einem strengen Winter mit Kälte, Schnee und Frost zu leiden hatte, spielte das offensichtlich keine große Rolle. Inzwischen ist die Zahl der auf Beerdigung wartenden Toten auf über 20.000 angestiegen, ohne daß eine Einigung der Tarifpartner abzusehen ist. Dies veranlaßte Gouverneur Rockefeller, dem Abgeordnetenhaus des Staates New York den Entwurf eines Notstandsgesetzes vorzulegen, der auch sofort verabschiedet wurde. Das Sondergesetz bestimmt, daß die Totengräber innerhalb von 48 Stunden die Arbeit aufnehmen müssen, wenn in diesem Zeitraum keine Tarifvereinbarung zustandekommt.

So sehr diese Entscheidung von der New Yorker Bürgerschaft begrüßt wird, führt sie aber nicht den Arbeitskonflikt zu einer Lösung. Einfach ausgedrückt: Die Dummen sind die Arbeiter, deren Streik nicht von ungefähr gekommen ist. Im Zeichen der inflationistischen Preisbewegungen forderten sie, ihren wöchentlichen Lohn von bisher 126,5 um 32 Dollar mit einer Vertragsdauer von zwei Jahren zu erhöhen. Die Friedhofsverwaltungen wollen jedoch nur eine Erhöhung von wöchentlich 22 Dollar bindend für drei Jahre anerkennen. Wer die Lebenshaltungskosten in New York kennt und weiß, daß selbst eine billige Wohnung kaum unter 200 Dollar monatlich zu finden ist und daß für die Arbeitsstunde eines Arbeiters durchschnittlich zwischen 8 und 12 Dollar berechnet werden, muß zu dem Urteil kommen, daß selbst eine wöchentliche Erhöhung von 32 Dollar noch lange nicht ausreicht, um den Totengräbern den Anschluß an die Preissteigerungen zu gewährleisten.

FEHLANZEIGE

JAHRCANG

25

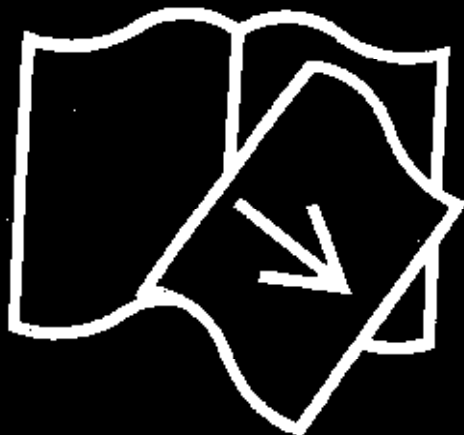
ZEITUNGSNUMMER

52

DATUM

18. 03. 1970

Seite 6 fehlt ✓



Bauern mögen Ertl

Ansehen durch Fachkenntnisse, Energie und Zielstrebigkeit

sp - Fast die Hälfte der Bauern in der Bundesrepublik stufen Bundesernährungsminister Ertl höher ein als seinen Vorgänger Höcherl. Gut zwei Drittel der Bauern bescheinigen Ertl besonders gute fachliche Qualitäten.

Das hat eine Befragung zutage gebracht, die von der Marplan Forschungsgesellschaft für Markt und Verbrauch GmbH in Frankfurt durchgeführt wurde. Hört man weiter, daß von den ländlichen FDP-Wählern der größere Teil (40 Prozent) die Kleine Koalition zwischen SPD und FDP höher schätzt als die Große Koalition zuvor und daß die Neigung der Bauern zur Wahl der NPD mit 3,1 Prozent jetzt geringer ist als die NPD-Anfälligkeit anderer Wählerschichten, so rundet sich das Bild erfreulich ab.

Anfangs als "Konzessionsschulze" betrachtet, mit dem die Regierung Brandt/Scheel auch den konservativen Bauern genehm sein wollte, hat Ertl sich durch seine Fachkenntnisse, seine Energie und Zielstrebigkeit rasch Ansehen verschafft. Auch - und gerade - in Brüssel hat man gelernt, den neuen Landwirtschaftsminister der Bundesrepublik zu respektieren. An seinem Beispiel zeigt sich, wie fortschrittlich ein Mann von "konservativem Image" sein kann. Es ist dazu nur nötig, daß er richtig "eingerahmt" wird: nicht von gestrigen Ideologen, sondern von Kräften, die auf allen Gebieten voranschreiten.

Übrigens: Man schätzt Ertl nicht nur wegen seiner fachlichen Qualitäten und seines Fleißes. Die Bauern, Städter und die EWG-Vertreter in Brüssel haben auch eingesehen, daß er in puncto Mutterwitz seinem Vorgänger Höcherl durchaus das Wasser reichen kann.

+ + +